

Wehe, wer sich einmal irrt

Was soll, was muss, was darf das Jugendamt? Sozialarbeiter in Stuttgart gehen neue Wege im Kinderschutz. Im Alltag bedeutet das einen ständigen Balanceakt zwischen überwachen und gewähren lassen. Trotz allem bleibt die Angst, es könnte doch zu einer Katastrophe kommen

Von Felix Berth

Stuttgart - Bisher ist noch nichts passiert. Die kleine Nicola Krause, inzwischen 14 Monate alt, wird von ihrer Mutter einigermaßen regelmäßig gefüttert, hat ein sauberes Bettchen und hübsche Kleider. Einmal ist sie wohl aus einem Liegestuhl geplumpst und wurde weinend ins Krankenhaus gebracht, aber die Sozialarbeiter konnten später nicht aufklären, was da geschehen war. Zwar liegt Nicola oft still vor dem großen Flachbildschirm im Wohnzimmer, doch altersgemäß hat sie gelernt zu krabbeln und zu brabbeln. "Insgesamt", sagt die Sozialarbeiterin Ingrid Wieland-Mechler, "entwickelt sich das Mädchen ganz passabel."

Gefährlich für das Kind ist: die Mutter. Kathrin Krause, 35 Jahre alt, hat eine paranoide Psychose, wie die Ärzte diagnostiziert haben. Nimmt sie ihre Medikamente nicht, wird sie unruhig; sie läuft dann stundenlang mit dem Kind durch Stuttgarter Kaufhäuser und hört nicht, dass Nicola schreit, weil es für sie längst kein Spaziergang mehr ist. "Wir fragen uns ständig, wie groß das Risiko für das Baby ist", sagt Ingrid Wieland-Mechler, die im Stuttgarter Jugendamt arbeitet. Doch auch wenn sie diese Frage immer wieder prüft, könnte ihre Antwort ein einziges Mal falsch sein - mit furchtbaren Folgen für ein Kleinkind.

Ein Krisenrat mit Ärzten, Hebammen, Eltern und den Leuten vom Amt

Das Beispiel von Kathrin und Nicola Krause, die in einem Wohnblock in der Nähe des Stuttgarter Hauptbahnhofs leben und in Wirklichkeit anders heißen, wirft ein Schlaglicht auf den Alltag des Kinderschutzes in Deutschland. Sozialarbeiter, Ärzte und Hebammen arbeiten in diesem Fall so intensiv zusammen, wie es vor fünf oder zehn Jahren selten war. Ihre Wachsamkeit ist größer geworden, aber auch ihre Angst vor dem Staatsanwalt und den Vorwürfen der Medien. So ist die Geschichte des Kinderschutzes in der Bundesrepublik eine Geschichte von langsamen Verbesserungen, wachsender Vorsicht, und einem veränderten Selbstverständnis der Jugendämter: War Kinderschutz früher bestenfalls eine von mehreren Aufgaben, ist es heute - zumindest in der vergleichsweise reichen Kommune Stuttgart, die nicht unter schärfsten Sparzwängen leidet - ein Thema, für das die Sozialarbeiter im Ernstfall alle anderen Arbeiten liegenlassen.

März 2008. Die gerade geborene Nicola liegt noch mit einer harmlosen Neugeborenen-Infektion im Krankenhaus, da tagt schon die erste Konferenz der Helfer. Ein Oberarzt des Stuttgarter Olgahospitals ist gekommen, weil er festgestellt hat, "dass der Mutter eine eigenverantwortliche Versorgung des Kindes nicht möglich" ist. Neben ihm sitzen eine Mitarbeiterin des sozialpsychiatrischen Dienstes, eine Familienhebamme, eine weitere Klinikärztin sowie Ingrid Wieland-Mechler vom Jugendamt. Eingeladen sind Mutter Kathrin, ihr Ehemann, der auch in psychiatrischer Behandlung ist, sowie die Großmutter, die in der

Familie die wichtigsten Dinge regelt und dabei versucht, die hohen Schulden des Ehepaares abzutragen.

“Völlige Gewissheit habe ich nie“; Ingrid Wieland-Mechler vom Jugendamt Stuttgart weiß, dass es trotz großer Bemühungen bei der Betreuung von Familien in problematischer Lage keine absolute Sicherheit für die Kinder gibt.

Zwei Stunden lang verhandelt diese “Helferkonferenz“, und am Ende unterschreiben alle Beteiligten einen Vertrag: Die Oma zieht bei den jungen Eltern ein, um auf das Baby zu achten. Und die Familie akzeptiert, dass von Montag bis Freitag täglich für ein bis zwei Stunden eine Helferin vorbeikommt – mal eine Kinderkrankenschwester, mal die Familienhebamme, mal eine Sozialpädagogin. “Mehr Hilfe kann man kaum installieren“, sagt Ingrid Wieland-Mechler. “Aber ich hatte am Freitag trotzdem oft Angst, ob die Familie das Wochenende übersteht.“

Wenn die Sozialarbeiterin in ihrem kleinen Büro im ersten Stock des Stuttgarter “Beratungszentrums Mitte“ die 15 Zentimeter dicke Akte “Krause“ durchblättert, kann sie auf zahllose Unsicherheiten zurückblicken. Mal stellte sich heraus, dass die Mutter ihre Medikamente nicht regelmäßig nahm und deshalb depressiv wurde – dann vereinbarte Ingrid Wieland-Mechler mit ihr, dass sie die Tabletten täglich unter Aufsicht der Helfer nehmen musste. Mal verschwand die Oma nach einem heftigen Streit für Wochen – dann erinnerte die Sozialarbeiterin alle Beteiligten mahnend an die vereinbarten Pflichten.

Nach sechs Monaten wurde die Oma aus dem Vertrag entlassen, weil ihre ständige Präsenz mehr Konflikte auslöste als verhinderte. Doch wieder war ungewiss, was schwerer wog – das Risiko für das Baby oder die Chance für die Mutter. “Natürlich überlegen wir immer wieder, ob wir das Kind aus der Familie herausnehmen“, sagt Wieland-Mechler. Aber so lange alles einigermaßen läuft, lässt sich die Gefährdung des Kindes nicht belegen: “Das kriegen wir vor Gericht nicht durch“ – auch wenn Richter den Eltern inzwischen viel häufiger das Sorgerecht entziehen: Im Jahr 2008 gab es, so das Statistische Bundesamt, etwa 50 Prozent mehr Fälle als noch fünf Jahre zuvor, 12 000 waren es.

Die Akte Krause zeigt, wie akribisch Sozialarbeiter inzwischen ihre Arbeit dokumentieren. Wenn es wieder kritisch zu werden schien, notierte Wieland-Mechler minutiös, wann sie die Mutter angerufen hatte, schrieb detailliert auf, was sie vereinbart hatte. “Ich weiß doch, wonach im Ernstfall gefragt wird“, sagt die Sozialarbeiterin, die seit 23 Jahren im Stuttgarter Jugendamt arbeitet. “Der Aufwand ist groß, aber ich muss mich absichern.“

Immer wieder ist sie am Computer mit dem “Kinderschutz-Bogen“ beschäftigt, einem von Fachleuten gelobten Instrument, das in Stuttgart entwickelt wurde und inzwischen in ähnlicher Form in vielen Jugendämtern eingesetzt wird. Dieser Fragebogen geht in die Details: Wie oft hat die Mutter Blickkontakt zum Kind? Ignoriert sie, wenn Nicola weint? Versteht sie die Signale von Müdigkeit, Hunger und Durst? Rauchen die Eltern im Kinderzimmer? Hat Nicola Verletzungen, deren Ursache unklar ist? Ganz unten ist das Schriftstück doppelt unterzeichnet, von der Sozialarbeiterin und ihrer Chefin. “Einen solchen Fall haben immer mindestens zwei im Blick – das ist anders als früher“, sagt Wieland-Mechler. So würden Risiken seltener übersehen und die Sozialarbeiter geschützt. Die Angst vor dem Staatsanwalt ist in der Beratungsstelle stets präsent.

Vier Stockwerke weiter oben hat Leiter des Stuttgarter Jugendamtes sein Büro. Bruno Pfeifle, 59 Jahre alt, ist ein Zwei-Meter-Mann, der im Gespräch mit kleineren Menschen seine Schultern ein wenig nach vorne sacken lässt. Er führt ein Amt mit etwa 3000 Mitarbeiter, aber sein Schreibtisch ist kaum größer als die Tische in der Beratungsstelle im ersten Stock. Seit 17 Jahren ist Pfeifle Behördenchef; er wirkt nicht, als wäre er noch von

Karriereträumen getrieben. Eher macht Pfeifle einen umsichtigen Eindruck, weil er die Lage seiner Mitarbeiter genauso im Blick hat wie die Gefahren in manchen Familien. "Wir können Katastrophen nicht ausschließen", sagt Pfeifle in gedehntem Schwäbisch, "auch wenn die Öffentlichkeit das manchmal annimmt."

Der Fall Jenny wurde zum tragischen Wendepunkt

Wenn man eine Geschichte des Kinderschutzes in Deutschland schreiben wollte, käme man an ihm kaum vorbei. Pfeifle hat in den neunziger Jahren erlebt, wie sich die Wahrnehmung des Themas änderte. 1996 war in Stuttgart eine Katastrophe geschehen: Die zweijährige Jenny war von ihrer Mutter und drei anderen Erwachsenen durch Schläge und heftiges Schütteln umgebracht worden. Schreckliche Fälle dieser Art gibt es in Deutschland im Jahr ungefähr 100-mal, schätzen Experten, zwei pro Woche also, doch bis in die neunziger Jahre interessierte sich außer Sozialarbeitern, Polizisten und Richtern kaum jemand. Im Fall Jenny war das anders: Der Staatsanwalt suchte nicht nur Schuld bei den Tätern, sondern auch Mitschuld bei den Helfern. "Die Sozialarbeiter müssen kapieren, dass sie dran sind, wenn sie dilettantisch arbeiten", ließ sich Ankläger Peterke zitieren.

Auch Bruno Pfeifle geriet in die Rolle eines Verdächtigen. Der Amtsleiter musste zusehen, wie Polizisten in seinem Büro Akten beschlagnahmten; vom Staatsanwalt bekam Pfeifle die Mitteilung, dass auch gegen ihn ermittelt werde. Und die Zeitungen griffen das Thema immer wieder auf: "Wussten Beamte von Jennys Qualen?", titelte die Stuttgarter Zeitung. "Warum schwieg der Sozialarbeiter?", wollte die Bild-Zeitung wissen. "Musste Jenny wirklich sterben?", fragten Spiegel und Focus wortgleich. Vor dem Landgericht versammelten sich Bürger mit wütenden Transparenten: "Bestraft die Jugendamts-Versager endlich", forderte eine ältere Stuttgarterin auf einem krakelig bemalten Pappschild.

Der Stuttgarter Oberbürgermeister hielt zum Amtschef: Pfeifle habe "nach Aktenlage und persönlicher Einschätzung von den Misshandlungen keine Kenntnis gehabt", ließ der damalige OB Manfred Rommel mitteilen. Bald stellte der Staatsanwalt die Ermittlungen ein - Pfeifle hatte wirklich keine Details des Falles gekannt, obwohl zwei Zeugen dies in der Bild-Zeitung behauptet hatten. Damit war klar, dass Pfeifle nicht auf der Anklagebank sitzen würde.

Allerdings stellten der Staatsanwalt und später der Richter fatale Pannen fest. Vor allem im 400 Kilometer entfernten Lüneburg, wo die Mutter bei Jennys Geburt gelebt hatte: Das Jugendamt dort wusste, dass die Frau ihr Baby schlug, dass sie bei- nahe debil war und zum Beispiel nicht abschätzen konnte, ob die Kindernahrung für ein Wochenende reichen würde. Die Lüneburger Behörde hatte für Mutter und Baby einen Platz in einem Stuttgarter Wohnheim besorgt - so weit: war alles in Ordnung. Doch die Lüneburger Beamten lieferten den Stuttgarter Betreuern keinen Hinweis auf Jennys Gefährdung.

Das rächte sich, als die Mutter nach einiger Zeit mit ihrem Kind aus dem Stuttgarter Wohnheim wieder ausziehen wollte. Man ließ sie ohne Auflagen gehen, denn wie bedroht die kleine Jenny war, wussten die Stuttgarter nicht. Drei Monate später war das Kind tot, misshandelt von den Eltern und deren gewalttätigen Freunden. Der Sozialarbeiter aus Lüneburg wurde nach einem langen Verfahren verurteilt, nicht wegen fahrlässiger Tötung, wie der Staatsanwalt es gefordert hatte, sondern wegen fahrlässiger Körperverletzung: 2100 Mark Geldstrafe. "Auch der Sozialdienst steht nicht außerhalb des Strafrechts", mahnte das Oberlandesgericht Stuttgart.

Solche Sätze scheinen Bruno Pfeifle immer noch nah zu gehen; er lässt sich jedenfalls nicht gern zu seiner Rolle im Fall Jenny befragen. Seine Empfindungen, seine Verunsicherung von damals will er nicht besprechen - nur so viel: "Es war eine schwierige

Zeit. "Immerhin habe die Institution Jugendamt vieles gelernt, sagt der Chef: Der Kinderschutz-Bogen entstand, die Mitarbeiter kooperieren häufiger mit Kliniken und der Polizei, und seit Pfeifles Erfahrungen mit dem Staatsanwalt erhalten alle eine Garantie: "Wenn es ernst wer-, den sollte, zahlt das Amt den Anwalt", sagt Pfeifle. "Das wissen meine Mitarbeiter, das soll ihnen Sicherheit geben."

In einer anderen Stadt hätte die Einjährige schlechtere Chancen

Ein paar Häuser weiter, in Bahnhofsnähe, sitzt die kleine Nicola Krause im spärlich möblierten Wohnzimmer. Die Sozialarbeiterin ist zu Besuch, und wieder einmal beobachtet Ingrid Wieland-Mechler besorgt, dass die Mutter nicht mit dem Mädchen spielt. Sie kann Nicolas Gebrabbel nicht imitieren, sie kann auch nicht mit ihr lachen, wenn sie in einem kleinen Bilderbuch den eingeklebten Plüschbären streichelt. Der Einstieg in die Welt der Kleinkinder, den andere Eltern mühelos schaffen, gelingt der Mutter nicht. Und doch ist Nicola Krause kein verschrecktes, zurückgezogenes Kind geworden.

Wie es Nicola ergangen wäre, wenn sie nicht im Jahr 2008 geboren wäre, sondern 1992? Oder wenn sie nicht im reichen Stuttgart lebte, sondern im Ruhrgebiet oder in Berlin, wo Jugendämter schärfste Sparvorgaben haben? Vielleicht hätte das Baby die ersten, besonders labilen Monate heil überstanden, aber das Risiko wäre größer gewesen: Die Klinikärzte hätten sich nicht beim Jugendamt gemeldet; auch wären die Helfer nach der Geburt nicht täglich erschienen. Keiner hätte einen schriftlichen Vertrag mit der Familie geschlossen; vor ein paar Jahren hätte das ganze System mehr auf die Mutter geachtet und weniger auf das verletzte Baby.

Kathrin Krause freilich nimmt all das als Überwachung wahr. "Warum werd' ich so kontrolliert?", fragt sie die Helfer immer wieder. Die Sozialarbeiterin versucht dann, eine positive Perspektive zu formulieren: "Wenn wir für Nicola einen Platz in der Kinderkrippe haben, reicht es, wenn die Familienhelferin einmal pro Woche kommt." Das wird ein Meilenstein, sagt Wieland-Mechler später in ihrem Büro. Dann hat Nicola noch mehr Chancen, all das zu bekommen, was für ein einjähriges Kind so wichtig ist: Zuwendung, Nähe, Einfühlung. "Das kann klappen", sagt die Sozialarbeiterin. "Bloß völlige Gewissheit habe ich nie."